Gütersloh
DER BÜRGERMEISTER

Beratungsergebnis

der 24. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren am 26.06.2025

3. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Matthes berichtet im Folgenden.

Aktuelles aus dem Bereich Flucht und Migration (Unterlage zum HA am 23.06.2025)
Der Bericht habe bereits im Hauptausschuss erfolgt, zukünftig erfolge dieser vielleicht nur noch im ASFS. Mit Stand zum 20. Juni betrage die Zahl der sogenannten FlüAG-Fälle 1.241 Personen in Gütersloh. Die leichte Steigerung sei darauf zurückzuführen, dass die Stadt Gütersloh bei wenigen Asylsuchenden mit guter Bleibeperspektive, also mit einem laufenden Arbeitsvertrag in relevanten Bereichen oder einer entsprechenden Ausbildung, beispielsweise im Bereich Pflege, oder ärztliche Versorgung, die Aufnahme erkläre. Grundsätzlich bestünde für insgesamt 649 Personen eine Aufnahmeverpflichtung. Die Zahl der Geflüchteten, die in Deutschland Asyl beantragen würden, sei weiterhin rückläufig. Insgesamt angerechnet würden der Stadt Gütersloh durch die Landesunterkünfte weiterhin 1.150 Plätze. Und damit erfülle die Stadt Gütersloh diese Aufnahmeverpflichtung über mit 134 %. Das bedeute, dass unter gegebenen Umständen die Aufnahmeverpflichtung um 610 Personen steigen müsste, bevor die Stadt Gütersloh bei Anrechnung der Unterkunftsplätze Geflüchtete zugewiesen bekäme. Das Szenario behalte die Verwaltung im Auge. Sollte eine der Landeseinrichtungen schließen, wie die Englische Straße mit 450 oder beide Einrichtungen oder eben die am Flughafen mit knapp 700 Plätzen, dann wäre die Stadt Gütersloh, unter Verweis auf die Zahl 610, relativ schnell wieder aufnahmepflichtig. In den städtischen Unterkünften lebten aktuell 625 Geflüchtete, eine nahezu konstante Zahl zu den Vormonaten. Aus der Ukraine lebten im Moment in Gütersloh 1.127 Geflüchtete, davon 332 in städtischen Unterkünften. Da sei die Zahl weiterhin sukzessive und kontinuierlich leicht rückläufig. Zu den neu untergebrachten und aufgenommenen Personen gehörten auch zwei verletzte ukrainische Soldaten, welche über das Programm Medevac ausgeflogen, in Gütersloh behandelt würden und die jetzt hier untergebracht seien. Für die Phase der Nachbehandlung seien diese in den Unterkünften der Stadt Gütersloh untergebracht, bevor sie dann gegebenenfalls woanders zugewiesen würden. Zu den Notunterkünften des Landes gebe es aktuell keine neuen Entwicklungen. Für die Einrichtungen am Flughafen sei der Betreuungs- und der Sicherheitsdienst aktuell neu ausgeschrieben. Die Verwaltung rechne zeitnah mit einer Entscheidung, wer dann dort neuer Kooperationspartner werde. Ebenso rechne sie kurzfristig mit einer Aufstockung der Belegung auf die Kapazität von 700 Plätzen.

OWL-Corona-Sozialfonds
Herr Matthes berichtet über die Infoveranstaltung zum OWL-Corona-Sozialfonds
https://premiumfoodgroup.de/gruppe/engagement/owl-corona-sozialfonds/

Die Stadt habe keine koordinierende Funktion inne, sei aber antragsberechtigt. Die Stadt habe eine Arbeitsgruppe gegründet. Es liefen Gespräche bzw. seien geplant u.a. mit der Stadtbibliothek, Schulleitungen, Bildungseinrichtungen, VHS, Migrantenselbstorganisationen, Stadtsportverband und Kreissportbund.

Herr Richter erinnert an die große Zahl osteuropäischer Einwohnerinnen und Einwohner in Gütersloh und führt aus, dass 2017/2018 ein Runder Tisch mit der Firma Tönnies eingerichtet worden sei. Er hebt hervor, dass seitdem keine Mittel geflossen seien und die Stadt Kosten in Kitas, Schulen und in der Familienberatung getragen habe. Er betont seine Erwartung gegenüber Premium Food Group, der Firma Tönnies und Clemens Tönnies, unternehmerische und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen sei die Finanzierung der Caritas-Beratungsstelle bis Jahresende befristet worden, in der Annahme einer Förderung aus Projektmitteln; dies erscheine aktuell unsicher. Er macht deutlich, dass er Verantwortungsübernahme anders verstehe.

Frau Kockentiedt schlägt vor, die Beteiligten des Runden Tisches bzw. ihre Ideen wieder einzubinden.

Herr Matthes bestätigt, dass er für den Bereich Bildung wieder in Gespräche einsteige. **Herr Thiesbrummel** berichtet, dass bei der Infoveranstaltung der Firma Premium Food Group 40 Anmeldungen verzeichnet gewesen seien und dass unter den dann tatsächlich Anwesenden bis zu 60 Interessenten die Beteiligten des Runden Tisches vertreten gewesen sein müssten.

Frau Böhm bittet darum, einen Fokus auf Sprachkurse zu legen.

Herr Thiesbrummel berichtet im Folgenden:

Schutz für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine
Die EU-Kommission hat angeregt, den unbürokratischen Schutz für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine um ein weiteres Jahr zu verlängern, der Vorschlag laute, diesen bis März 2027 zu verlängern.

Rücknahme des Rechtskreiswechsels für neu einreisende Geflüchtete aus der Ukraine
Gleichzeitig laufen die Vorbereitungen des Gesetzgebungsverfahrens zur Rücknahme des Rechtskreiswechsels für neu einreisende Geflüchtete aus der Ukraine. Im Koalitionsvertrag ist eine Rücknahme zum 01.04.2025 vorgesehen.

Eine große Herausforderung ergibt sich in diesem Zusammenhang aus dem Zeitverzug zwischen einer erfolgten Einreise seit dem 01.04.2025 und dem Inkrafttreten der geplanten Neuregelung zu einem späteren Zeitpunkt. Im Verhältnis der Behörden zueinander befürchtet man einen großen Rückabwicklungs-Aufwand zwischen Jobcenter und Kommune.

Standorte
Der Fachbereich Soziales hat mit der Belegung der städtischen Wohnunterkünfte am Lütgertweg mit obdachlosen Menschen begonnen, nachdem die bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Fragestellungen haben geklärt werden können. Es ist beabsichtigt, dort vor allem Familien und evtl. auch alleinerziehende Frauen mit ihren Kindern unterzubringen. Die Nachbarschaft ist mit Schreiben vom 04.06.2025 entsprechend informiert worden.

Die Anmietung Buxelstraße 20 auf dem Gelände der LWL-Klinik läuft aus.

Die Unterkunft Kurt-Hasse-Weg 34 und 36 wird zum 31.12.2025 aufgegeben, eine Sanierung erfolgt durch die conceptGT.

Die verfügbaren Zimmer in den Gebäuden Dammstraße 20 / 22 werden in Abstimmung mit der Obdachlosenbetreuung der Diakonie Gütersloh und dem Fachbereich 50 belegt. Die Verwaltung befindet sich in einem guten Austausch mit der Immobilienfirma.

Versorgung von Unterkünften mit W-LAN
Es gibt bislang keine Neuerungen in Bezug auf die Versorgung von Unterkünften mit W-LAN.

Förderprojekt des MAGS NRW nach § 123 SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) zu gemeinsamen Modellvorhaben für Unterstützungsmaßnahmen und -strukturen vor Ort und im Quartier; Antrag der Ev. Johanneswerkes gGmbH „Gemeinsam durch den Pflegedschungel, Partizipative Entwicklung von Bildungs- und Engagementformen für pflegende Angehörige“
Nachdem der Kreis Gütersloh auf Nachfrage mitgeteilt hat, dass aufgrund fehlender Personalkapazitäten zu diesem Programm kein Antrag gestellt wird, hat die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem ev. Johanneswerk eine Interessenbekundung auf den Weg gebracht.
Der zu leistende kommunale Anteil kann und soll durch Drittmittel bereitgestellt werden.
Die Pflegekasse (50%) und das Land NRW (25%) tragen den Großteil der Projektkosten.
Sollte wider Erwarten keine Drittmittelfinanzierung zustande kommen, um den kommunalen Anteil abzudecken, zieht das ev. Johanneswerk seinen Förderantrag zurück.

Förderantrag beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) zum Programm „Teilhabe und Extremismusprävention für junge Geflüchtete“
Im Stadtgebiet Gütersloh befinden sich zwei Notunterkünfte des Landes Nordrhein-Westfalen für Geflüchtete mit einer Gesamtkapazität von rund 1.150 Plätzen. Um den dort teilweise bis zu 16 Monate

untergebrachten Menschen sinnvolle Beschäftigungs- und Unterstützungsangebote zu ermöglichen, wurde bereits im vergangenen Jahr ein Förderantrag beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) gestellt. Mit den bewilligten Mitteln konnten Bewegungsangebote, niedrigschwellige Informationsveranstaltungen zu Rechten und Pflichten in Deutschland sowie Sprachfördermaßnahmen umgesetzt werden.

Für das laufende Jahr gibt es eine neue Ausschreibung im Rahmen des Programms „Teilhabe und Extremismusprävention für junge Geflüchtete“. Ein entsprechender Förderantrag befindet sich derzeit in Vorbereitung, um die Integration und das gesellschaftliche Miteinander weiterhin gezielt zu fördern. Bei einer positiven Rückmeldung kann das Projekt voraussichtlich Mitte Juli 2025 starten.

Partnerschaft für Demokratie - „Demokratie leben!“
Im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Gütersloh wurde inzwischen das dafür vorgesehene lokale Bündnis gegründet. Das erste Treffen fand am 4. Mai 2025 statt. Zudem wurde eine Informationsveranstaltung zur Partnerschaft sowie zu den Möglichkeiten der Projektförderung durchgeführt. Erste Förderanträge sind bereits eingegangen. Der Auftrag für die vom Ministerium geforderte Situations- und Ressourcenanalyse wurde an einen externen Dienstleister vergeben. Das nächste Bündnistreffen, bei dem über die Vergabe der Projektmittel entschieden wird, findet am 30. Juni 2025 statt. Die Erstellung der Projektwebsite befindet sich aktuell in Bearbeitung. Die Freischaltung der Internetseite ist zum 20. Juli vorgesehen.

Förderaufruf zur Armutsbekämpfung - Beteiligung von Armutsbetroffenen - des MAGS NRW
Kreisweit stehen aus diesem Förderprogramm 20.000 Euro zur Verfügung. Der Kreis Gütersloh hat auf Anfrage mitgeteilt, keinen Antrag stellen zu wollen. Auch aus den anderen kreisangehörigen Kommunen seien keine Ambitionen zu einer Antragstellung erkennbar. Daher ist der FB Soziales auf den SkF zugegangen, hat aber von dort eine Absage erhalten. Die daraufhin angesprochene Wohnungslosenhilfe der Diakonie Gütersloh hat nun einen Antrag gestellt.

Herr Thiesbrummel berichtet über die Förderanträge zum Haushalt 2026, es handelt sich im Wesentlichen um wiederholte Antragstellungen für bekannte Projekte und Maßnahmen.

Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zur Rechtsvereinfachung und Entbürokratisierung im Sozialrecht
Die Empfehlungen (DV 1/25) wurden am 28. Mai 2025 vom Präsidium des Deutschen Vereins verabschiedet. Abrufbar im Internet:
https://www.deutscher-verein.de/empfehlungen-stellungnahmen/detail/empfehlungen-des-deutschen-vereins-fuer-oeffentliche-und-private-fuersorge-ev-zur-rechtsvereinfachung-und-entbuerokratisierung-im-sozialrecht/

Frau Trostmann erbittet im Falle solch umfangreicher Informationen wie heute eine Zusammenfassung der Mitteilungen der Verwaltung vor den Fraktionssitzungen. Sie erkundigt sich, was durch die conceptGT am Kurt-Hasse-Weg geplant sei.

Herr Thiesbrummel erklärt, dass sich die 1.150 auf die in Notunterkünften Untergebrachten beziehen, nicht auf den LWL. Auf dem Gelände der LWL Klinik sei das Haus Buxelstraße 20 angemietet gewesen. Aus der Aufgabe dieses Standorts resultiere die Umlegung an den Lütgertweg.

Herr Zöllner ergänzt die Historie der Objekte am Kurt-Hasse-Weg (Rückgabe an conceptGT, temporäre weitere Nutzung als Flüchtlingsunterkünfte nach Kriegsbeginn, nun Rückgabe zur Sanierung und Marktbereitstellung preisgünstigen Wohnraums).